

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 14

Artikel: Das Konzil von Moskau 2. Qualitative Erweiterung der Aktionsgemeinschaft
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095559>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Konzil von Moskau ②

Qualitative Erweiterung der Aktionsgemeinschaft

Von Laszlo Revesz

Während im gegenseitigen Verhältnis der regierenden kommunistischen Parteien das Moskauer Lager eine Stärkung seiner Strukturen und seiner Disziplin erwirkt hat, bleibt es den nichtregierenden Parteien unbenommen, das Feld der Zusammenarbeit so weit auszuweiten, wie es ihnen immer opportun scheint. Die Verfügbarmachung von Kräften der Neuen Linken und der Kirchen zur Kohärenz mit dem staatlich etablierten Kommunismus, der innerhalb des gegebenen Moskauer Lagers mehr denn je mit der Sowjetunion identisch ist, gehörte zu den ausdrücklichen Postulaten des «roten Konzils». Die Angst vor Aufweichung durch «klassenfremde Elemente» ist offenbar auf Erfahrungsgrundlage der Zuversicht gewichen, dass von diesen Seiten die sowjetische Autorität nicht ernstlich in Frage gestellt werden kann oder will.

Die drei wichtigsten Themen der Konferenz — Ablehnung der Hegemoniebestrebungen Chinas, die Anerkennung der führenden Rolle der KPdSU bzw. der Sowjetunion in der internationalen revolutionären Bewegung, sowie das Problem der Beziehungen der kommunistischen Parteien untereinander und in diesem Zusammenhang die Souveränität und Selbständigkeit der Ostblockparteien — zeichneten sich am ersten Arbeitstag (am 6. Juni) ab und blieben im Mittelpunkt der Beratungen bis zum Schluss der Tagung. Allerdings muss man in diesem Zusammenhang folgende wichtige Unterscheidung machen:

Die Führungsrolle der KPdSU wurde im Grundsatzdokument der Konferenz mit keinem Wort erwähnt. Im Gegenteil: Im letzten (IV.) Kapitel wird hervorgehoben: «Alle Parteien haben gleiche Rechte. Heute, da es in der internationalen kommunistischen Bewegung kein leitendes Zentrum gibt, ist die Bedeutung der freiwilligen Koordinierung der Tätigkeit im Interesse der erfolgreichen Lösung der herangereiften Aufgaben grösser geworden» (vgl. «Prawda», 18.6.1969). Allerdings wird im gleichen Kapitel noch — als eine für die KPdSU immer beanspruchbare Klausel zwecks Beherrschung der Bewegung — betont: «Jede kommunistische Partei ist verantwortlich für ihre Tätigkeit vor der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk, gleichzeitig aber auch vor der internationalen Arbeiterklasse. Die natio-

nale und internationale Verantwortung jeder kommunistischen und Arbeiterpartei ist untrennbar.» Die «internationale Verantwortung» bedeutet selbstverständlich die Verantwortung vor deren Führungskraft, der KPdSU. Der Präsident der kleinen KP von Lesoto erklärte wörtlich: «Das Verhältnis jeder Partei zur Sowjetunion (nicht zur KPdSU! — LR) ist das Kriterium der Treue zum Internationalismus... Eine historische, klassegebundene Stellungnahme besteht darin, dass die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte unter den Bedingungen des Klassenkampfes... verpflichtet sind, sich hinter die Sowjetunion (nicht KPdSU!) zu scharen» («Prawda», 17.6.1969, S. 1). Kadar präziserte diese These im Zusammenhang mit den Satelliten: «Es gibt kein sozialistisches Land, welches erklären könnte, seine Existenz sei unabhängig... von der Sowjetunion» («Népszabadság», 11.6.1969, S. 1—3).

Es gibt also einen pro Form wesentlichen Unterschied zwischen der «Erklärung» der 1. Weltkonferenz vom November 1960 und dem Grundsatzdokument der 2. Es heisst im Kapitel VI der erwähnten «Erklärung»: «Die kommunistischen und Arbeiterparteien erklären einstimmig, dass die KPdSU die allgemein anerkannte Avantgarde der kommunistischen Weltbewegung war und bleibt... Die Erfahrung der KPdSU im Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse, im sozialistischen Aufbau... hat prinzipielle Bedeutung für die ganze internationale kommunistische Bewegung...» (vgl.: Programmye dokumenty bor'by za mir, demokratiju i socializm. — Programmdokumente des Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Moskau 1961, S. 83).

Ein wichtiges Charakteristikum der Treueerklärungen der verschiedenen Parteiführer war, dass sie in erster Linie die Führungsrolle des sowjetischen Staates, ihre Treue zum sowjetischen Staat, ihre Bereitschaft zur Verteidigung der Sowjetunion betonten. Man könnte sich vielleicht so ausdrücken: Die Diskussionssteilnehmer machten überhaupt keinen Unterschied zwischen sowjetischem Staat und sowjetischer Partei. Der Generalsekretär des ZK der KP Syriens drückte den Gedanken folgendermassen aus: «Die breiten fort-

schriftlichen Kreise in den arabischen Ländern betrachten die Freundschaft mit der Sowjetunion als Kriterium des Patriotismus... Die KPS ist der Meinung, die Treue zur Freundschaft mit der Sowjetunion und Lenins Partei sei eines der grundlegendsten Kriterien des Rechts, sich Kommunist nennen zu können» («Prawda», 15.6.1969, S. 4). Der Generalsekretär des ZK der Volksavantgarde von Costa Rica sagte: «Wir müssen uns hinter die UdSSR und das ganze sozialistische Lager zusammenschliessen, und zwar ohne Zeitverlust» («Prawda», 13.6.1969, S. 4). Kein Wort bei ihm von Partei!

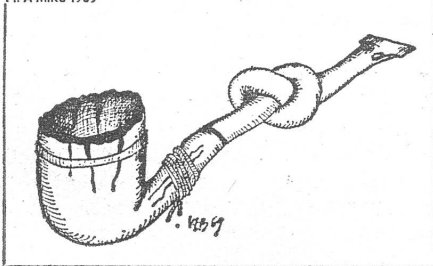
Die beschränkte Souveränität der Oststaaten

Die Diskussion über die Tschechoslowakei wurde entweder mit oder ohne Erwähnung der Ereignisse von 1968 und überhaupt der CSSR bis Ende der Tagung geführt, und zwar meistens unter der Parole «Beziehungen der sozialistischen Staaten und deren kommunistische Parteien untereinander» oder «Normen des Verhältnisses unter sozialistischen Staaten und deren Parteien». Auch das Grundsatzdokument machte eine prinzipielle Unterscheidung zwischen Verhältnis und Beziehungen unter den Parteien im allgemeinen und jenen in den Ostblockländern (entsprechend dem sowjetischen Parteiprogramm von 1961, welches die Politik zu den Ostblockparteien im innenpolitischen, die Beziehungen zu den Parteien in den kapitalistischen Ländern im aussenpolitischen Teil erörtert). Der betreffende Teil des Kapitels II des Grundsatzdokumentes lautet wie folgt: «Der Werdegang des neuen Typs der internationalen Beziehungen, die Entwicklung des brüderlichen Bündnisses der sozialistischen Länder ist ein komplizierter historischer Prozess. Nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in vielen Staaten wird der sozialistische Aufbau auf der Grundlage von allgemeinen Gesetzmässigkeiten vorgenommen, er verläuft in verschiedenen Formen, unter Berücksichtigung der konkreten historischen Bedingungen und der nationalen Eigenarten. Der erfolgreiche Verlauf dieses Prozesses setzt die strenge Einhaltung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung, die Gleichberechtigung, Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten voraus. In der Natur des Sozialismus gibt es keine Widersprüche wie im Kapitalismus. Wenn zwischen sozialistischen Staaten Meinungsverschiedenheiten auftauchen, welche mit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Struktur, der internationalen Lage usw. verbunden sind, so können und müssen diese auf Grund des proletarischen Internationalismus, durch kameradschaftliche Erörterung und freiwillige, brüderliche Zusammenarbeit gelöst werden. Sie dürfen die einheitliche Front der sozialistischen Staaten gegen den Imperialismus nicht verletzen. Die Kommunisten sehen die Schwierigkeiten in der Entwicklung des Weltsystems des Sozialismus (! — Auszeichnung vom Autor). Das sozialistische System stützt sich aber auf die Gemeinsamkeit der sozialen-wirtschaftlichen Struktur, das Zusammenfallen der Interessen aller Staaten...»

In diesen Zeilen gibt es zwei prinzipielle Stellungnahmen:

1. Die Anerkennung, dass es auch im sozialistischen Lager Schwierigkeiten gibt. 1960 wurde noch jeglicher Hinweis auf diese Tatsache ver-

PIPA MIRU 1969



Friedenspfeife 1969. («Listy», Prag; jetzt verbotene Zeitung)

mieden, was auch sehr leicht war, nachdem es der Vertreter der KP Chinas war, welcher den Antrag machte, die Führungsrolle der KPdSU in der Bewegung anzuerkennen und die Konferenz sich von Jugoslawien als revisionistischem Lande gewissermassen distanzierte.

2. Das Recht auf Intervention wurde mit keinem Wort erwähnt. Allerdings hat man den Worten des I. Sekretärs des ZK der KP von Irak recht gegeben: «Eine Gegenüberstellung vom proletarischen Internationalismus einerseits, Unabhängigkeit und Souveränität von kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern andererseits bedeutet die Ignorierung der gemeinsamen Interessen der kommunistischen Bewegung» («Prawda», 11.6.1969, S. 4). Noch klarer drückte der Generalsekretär des ZK der syrischen KP die sowjetischerseits nicht betonte Breschnew-Doktrin aus: «Der proletarische Internationalismus verlangt eine gemeinsame Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften in einem beliebigen Lande.» Dies sei eine internationale Pflicht aller KPs («Prawda», 15.6.1969, S. 1—4).

Nichts weist auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei besser hin als die Rede Husaks an der Weltkonferenz. Er war es, der zum erstenmal erklärte, die Souveränität der sozialistischen Staaten dürfe man nicht ohne Berücksichtigung des Klasseninhaltes betrachten. Dieser «Klasseninhalt der sozialistischen Staaten ist mit der internationalen Verantwortung vor der Gemeinschaft der sozialistischen Länder und der kommunistischen und revolutionären Bewegung untrennbar verbunden» («Prawda», 13.6.1969, S. 4). Diese Worte wurden anschliessend vom Delegationsleiter der Fortschrittlichen Volkspartei Guayanas wiederholt und gebilligt (ebenda, 16.6.1969, S. 1—4). Die Proteste der KPs von Australien, Grossbritannien, Rumänien, Oesterreich, der Schweiz, Italien, Schweden wurden von der überwiegenden Mehrheit der kleinen, von Moskau direkt oder indirekt unterhaltenen KPs übertönt. Auf die «internationalistische» Einstellung der Kommunisten ist der Diskussionsbeitrag des Generalsekretärs des ZK der KP Israels sowjetischer Prägung charakteristisch: Die Unabhängigkeit der Parteien dürfe keine Trennungslinie zwischen ihnen und der KPdSU bedeuten, denn dies würde der Sache der internationalen kommunistischen Bewegung schaden («Prawda», 14.6.1969, S. 4).

*

Wie schon einleitend erwähnt, wurde das Problem China zum Mittelpunkt der Weltkonferenz. Es gab wenig Redner, die auf die «spalterische und abenteuerliche» Tätigkeit der «chinesischen «Führer» nicht hingewiesen hätten. Trotzdem wurde aber im Grundsatzdokument ein Bruch mit China, eine Exkommunizierung, vermieden, was als eine gewisse Niederlage der sowjetischen Linie angesehen werden kann. Allerdings ist es ebenfalls merkwürdig, dass der Antrag des nationalen Sekretärs der KP Australiens, man müsse Chinas Anspruch auf Formosa (Taiwan) unterstützen («Prawda», 7.6.1969, S. 5), von keinem Redner erörtert worden ist.

Ausdehnung der Klassenbasis der Revolution im Westen

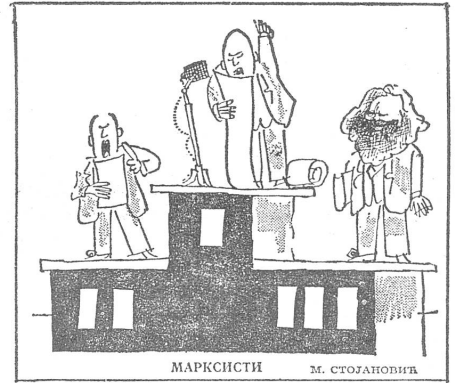
Auch die 1. Weltkonferenz hatte sich mit den Problemen der Zusammenarbeit mit den regimefeindlichen Elementen in den kapitalistischen Ländern beschäftigt. Kapitel III der «Erklärung»

von 1960 widmete insgesamt acht Sätze dieser Aufgabe, im Hinblick auf eine Zusammenarbeit zwecks Ablehnung des dritten Weltkrieges. Der Aktionseinheit ohne Rücksicht auf eine *einheitliche* Klassenbasis wurden aber damals nur zwei Sätze in der Form eines Aufrufes gewidmet (Programmnye dokumenty, S. 59), welcher in der Form eines mit leeren Phrasen vollen «Aufrufes an alle Völker der Welt» wiederholt wurde (ebenda, S. 86—93). Jetzt wurde aber die Ausdehnung der Klassenbasis der Revolution neben China *zum zentralen Problem* und zur wichtigsten Aufgabe der Weltbewegung erklärt! Sowohl das Grundsatzdokument als auch die Diskussion beschäftigten sich mit diesem Problem in drei Aspekten:

1. Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Parteien, Organisationen, vor allem mit den Sozialdemokraten;
2. Zusammenarbeit mit der Neuen Linken und
3. Zusammenarbeit mit den sich gegen die Kirchenführung auflehrenden Gläubigen, hauptsächlich Katholiken.

Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Parteien und Organisationen

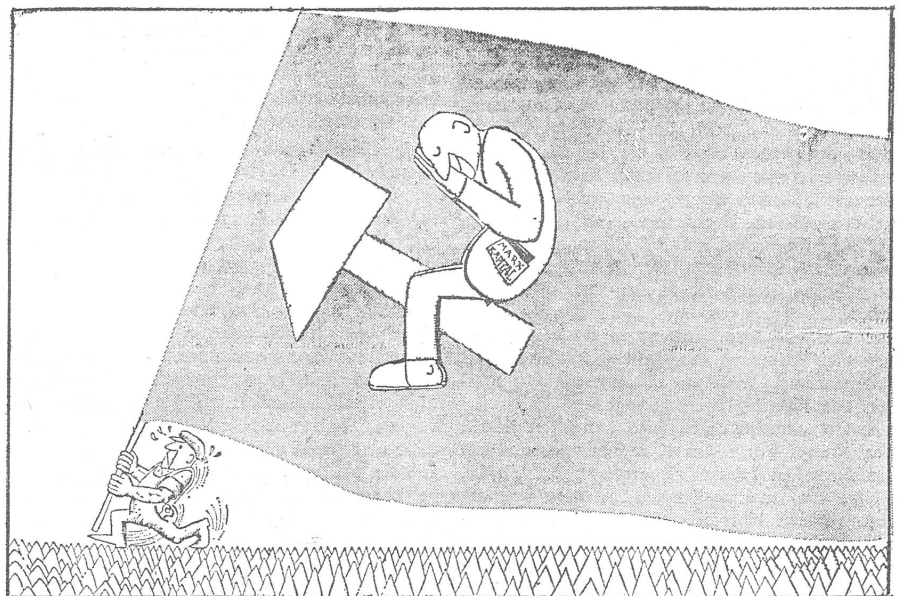
Wie der Generalsekretär der KP Grossbritanniens erklärte («Prawda», 14.6.1969, S. 1—4), könne im Kampf der Kommunisten für eine «alternative Politik» gegenüber der traditionellen eine wichtige Aenderung im Stärkeverhältnis der Parteien hervorgerufen werden; in diesem Sinne verlangte der I. Sekretär des ZK der KP von Mexiko die Ausarbeitung «einer realen Alternative zur Macht der Bourgeoisie», die Vereinigung aller Strömungen im Kampf um die neue Macht, welche zum Sozialismus führen kann («Prawda», 15.6.69, S. 1) und der Präsident der KP von Belgien die Erarbeitung eines gemeinsamen Programmes aller fortschrittlichen Kräfte, um der Arbeiterklasse die Führungsrolle im Machtkampf zu sichern («Prawda», 13.6.1969, S. 4).



Die Marxisten. («Jesch», Belgrad)

Kapitel II des Grundsatzdokumentes wünscht die Zusammenarbeit mit allen politischen Organisationen, welche den Sozialismus nicht ablehnen, die Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie entschieden ablehnen und eine Politik des wirksamen Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus betreiben. Dieser Teil des Kapitels II wird im Kapitel III mit einem Aufruf zur Bildung einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Koalition ergänzt: «Die Konferenzteilnehmer wenden sich an alle Organisationen, welche Arbeiter, Bauern, Angestellten, Jugend, Studenten, Intellektuellen, Frauen vertreten, an verschiedene soziale Schichten und Gruppen mit verschiedenen politischen, philosophischen und religiösen Ueberzeugungen, an die realistisch denkenden Politiker der kapitalistischen Länder, an alle demokratischen Parteien, nationalen und fortschrittlichen Organisationen mit einem Aufruf, ihre Anstrengungen mit jenem der kommunistischen Parteien zwecks gemeinsamer Aktionen im antiimperialistischen Kampf zu vereinigen. Jeder wird eingeladen, zu einem breiten

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Arbeiterklasse trägt auf ihrem spitz gepflasterten Weg das gewichtige sowjetische Emblem, auf dem Marx schläft.

Zusammenhänge

Es war einmal ein Elternpaar, dessen Kinder ins Alter kamen, über ihre Herkunft unterrichtet zu werden. Also nahm es sich ihrer Aufklärung an und erzählte ihnen, dass Papa und Mama einander so gern gehabt hätten, dass sie eng zueinander gingen und auf diese Weise Kinder hervorgebracht hätten.

Nun aber war es in dieser Familie so bestellt, dass die innige Liebe, von der Papa und Mama zu den Kindern sprachen, keineswegs so gut war, wie sie es den Kindern vorgemacht hatten. Diese merkten, dass die Eltern einander nicht so gern hatten, wie sie nach aussen taten, und wurden misstrauisch.

Bei dieser Lage der Dinge wäre es vielleicht vorderhand geblieben, wenn in der Nachbarschaft nicht Spielgefährten gewesen wären, die eine völlig andere Auskunft über die Herkunft der Kinder zu geben vermochten. Sie berichte-

ten vom Storch und wussten diese grosse Sache mit vielen schönen Einzelheiten darzulegen, so dass die Kinder unseres lügenhaften Elternpaares sehr nachdenklich wurden, und ein grosses Unbehagen bemächtigte sich ihrer.

Indessen wollten sie ihren Eltern noch eine Chance geben. Sie gingen heim und konfrontierten sie mit dem, was sie in Erfahrung gebracht hatten, als sie das enge Heim verliessen, um sich mit den Realitäten vertraut zu machen, die draussen galten.

Wie haben nun die Eltern reagiert? Sie versuchten zunächst, die ganze Geschichte wegzulachen und zu bagatellisieren, dann wurden sie gar böse und erklärten den Storch kurzerhand für Unsinn, obwohl sie den Kindern beim jüngsten Besuch im Zoo das Tier vor kurzem noch selber gezeigt hatten, so dass die Kinder sie erneut bei einer offensichtlichen Unwahrheit ertappten. Schliesslich schimpften sie auf die Kinder ein und gerieten dann noch selber in Streit und hielten sogar auch dann noch am Märchen fest, dass ihre Liebe die Kinder erschaffen habe.

Nunmehr hatten die Kinder den endgültigen Beweis für den Storch, und was ihre Eltern fürderhin auch immer vorbringen mochten, verstärkte sie nur noch in ihrer Ueberzeugung. Die überführten Lügner gerieten nun verdiermassen in Verzweiflung, aber die half ihnen auch nichts. Und als sie gar entgegen aller Ratschläge der Pädagogik in ihrer Hilflosigkeit zur Rute griffen, zerbrachen ihnen die Kinder dieses Instrument der Repression und verachteten sie vollends. So triumphierte in diesem Haushalt die Wahrheit der jungen Generation über die Verlogenheit der Alten, und die Erschaffung der Kinder durch den Storch wurde nicht mehr in Frage gestellt.

*

Nein, an die lebenserschaffende Rolle des Storches glaube ich nicht, und auch nicht an die lebenserschaffende Rolle des kommunistisch verstandenen Sozialismus. Aber es gibt unzweifelhaft einen Vogel Storch als bestehendes Tier, und es gibt unzweifelhaft ein kommunistisches System als bestehende Macht, und das ist eine

Das Konzil von Moskau

Fortsetzung von Seite 3)

nd konstruktiven Meinungs austausch über den reitesten Kreis der Fragen des antiimperialistischen Kampfes. Die Kommunisten setzen sich als Anhänger der demokratischsten Methoden für Vorbereitung und Durchführung von einheitlichen Aktionen mit allen fortschrittlichen, patriotischen und friedliebenden Kräften sowohl im nationalen als auch im regionalen Rahmen und in Weltmassstab ein. Sie unternehmen alles, um in grosses gegenseitiges Verständnis der zahlreichen und verschiedenen antiimperialistischen Tendenzen und Bewegungen zu erreichen ... »

besondere Aufmerksamkeit wird der «Wiederherstellung der Arbeitereinheit» gewidmet, wobei kommunistischerseits immer so gesprochen wird, als ob diese von der Sozialdemokratie gesprengt und nicht von den Bolschewiki gespalten worden wäre. Die entsprechenden Teile des Grundsatzdokumentes wie auch die Diskussionsbeiträge sind jedoch erneut bestrebt, die Sozialdemokratie weiter zu spalten und in deren Reihen Mitglieder und Führungsapparat einander feindlich gegenüberzustellen. Breschnew sprach über dieses Problem folgendermassen: Die konsequente Politik der Kommunisten für die Arbeitereinheit ergibt schon Resultate. In der sozialdemokratischen Bewegung entstand eine Differenzierung, ein Teil der Sozialdemokraten distanziert sich von den Positionen des Antikommunismus und unter ihnen sogar viele sozialdemokratische Führer. Die Führung eines bedeutenden Teiles der sozialdemokratischen Parteien betrachtet jedoch den Kampf gegen den Kommunismus und die sozialistischen Länder als erstrangige Aufgabe. Einige von ihnen wollen das Scheitern ihres reformistischen Kurses durch ihren Antikommunismus decken, andere wollen auf die sozialistischen Ziele verzichten und vor dem Monopolkapital kapitulieren. Sozialdemokraten gibt es in vielen Ländern in Regierung, sie denken jedoch nicht daran, die Macht der Arbeiterklasse zu übergeben. Der Sozialismus wird durch ihre Teil-

nahme in den Regierungen der kapitalistischen Staaten nicht gefördert, denn sie wollen den Sozialismus in Verruf bringen. Der Antikommunismus macht die rechten Sozialdemokraten zu Sklaven der imperialistischen Bourgeoisie, und zwar auch in Fragen der internationalen Politik, was auch dadurch bewiesen wird, dass die sozialdemokratischen Funktionäre während 20 Jahren in vielen Ländern für die Festigung der NATO kämpften. «Unsere Linie gegenüber der Sozialdemokratie ist völlig klar. Wir kämpfen gegen unsere ideologischen und politischen Gegner von den prinzipiellen Positionen des Marxismus—Leninismus ausgehend. Gleichzeitig wollen wir Zusammenarbeit und Aktionseinheit mit jenen, die tatsächlich bereit sind, gegen Imperialismus, für Frieden, für die Interessen der Werktätigen zu kämpfen» («Prawda», 8.6.1969, S. 1—5). Rochet bezichtigte die Sozialisten, die Notwendigkeit eines Bündnisses der linken Kräfte auf der Grundlage eines gemeinsamen Programmes nicht begriffen zu haben («Prawda», 8.6.1969, S. 4).

Das Grundsatzdokument (Kapitel II) wiederholt beinahe wörtlich die Worte Breschnews.

Einige Parteien wollen die Bereitschaft der nichtkommunistischen Parteien, unter kommunistischer Führung gegen das bestehende Regime zu kämpfen, dadurch quittieren, dass sie sich für die Aufrechterhaltung des Mehrparteiensystems mit Opposition auch nach dem Sieg der sozialistischen Revolution äussern (Grossbritannien, Oesterreich, Spanien usw.). Allerdings war man in dieser Frage wahrscheinlich nicht einig, weshalb sie auch ins Grundsatzdokument nicht aufgenommen wurde. Die Antwort von seiten der Ostblockstaaten gab Gomulka: «Einige Parteien setzen voraus, dass im Falle der Verwirklichung der Koalition verschiedener politischer Gruppierungen gewisse politische Institutionen des liberalbürgerlichen parlamentarischen Systems im Sozialismus aufrechterhalten werden können, so das Konzept des Mehrparteiensystems mit Opposition. Dies fand in der bisherigen historischen Praxis keine Anwendung, sie können jedoch dies im Programm als Perspektive aufstellen. Es wäre jedoch unrichtig, wenn diese Parteien ihren Standpunkt als einzig richtigen «absolutisieren» und

erwarten würden, dass die regierenden kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern diesen Standpunkt in ihrer politischen Praxis übernehmen sollten. Es wäre gegen die konkreten historischen Bedingungen unserer Länder, es würde einen Schritt rückwärts bedeuten, in unseren Ländern der sozialistischen Demokratie» («Trybuna Ludu», wie oben). Also: Das Mehrparteiensystem im Sozialismus kann nur die unterste Stufe bedeuten, welcher das Einparteiensystem als fortschrittlichere folgen müsse!

In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, dass auch in Osteuropa keine einzige kommunistische Partei *anfangs* die Einparteiendiktatur als Programm ankündigte. In ihrer Jagd nach Verbündeten verschwiegen sie konsequent ihr eigentliches Programm. Deshalb muss man die heutigen Beteuerungen einiger westlicher kommunistischer Führer mit Skepsis aufnehmen.

Allerdings scheint die Behandlung der Sozialdemokraten 1969 wesentlich milder zu sein als 1960. Es hiess im Kapitel V der Erklärung von 1960: «Einige rechtsorientierte sozialdemokratische Führer gingen offen auf die Positionen des Imperialismus über, sie verteidigten das kapitalistische System ... In einer Anzahl der Länder erreichte die Führung, dass die sozialdemokratischen Parteien solche Programme annahmen, in welchen eine offene Abkehr vom Marxismus, vom Klassenkampf, von den traditionellen sozialistischen Losungen ist. Gleichzeitig zeigte sie neuen Dienst der Bourgeoisie. In den sozialdemokratischen Parteien wächst der Widerstand gegenüber der Politik der rechtsorientierten Führer, welcher auch einen Teil der Funktionäre erfasst ... Die überwiegende Mehrheit in den sozialdemokratischen Parteien, besonders die Arbeiter, sind Anhänger des Friedens und des sozialen Fortschrittes ... Die Kommunisten werden die Kritik an den ideologischen Thesen und an der rechtsopportunistischen Praxis der Sozialdemokratie sowie der Arbeit fortsetzen, um die sozialdemokratischen Massen zum Uebergang zu den Positionen eines konsequenten Klassenkampfes gegen Kapitalismus, für den Sieg des Sozialismus zu bewegen» (Programmnye dokumenty, S. 74—75).

ganz andere Geschichte. Und hier hört auch die Analogie mit meiner harmlosen Geschichte völlig auf. Der Storch ist ein Wesen, das dem Vernehmen nach im Elsass oder wo noch vereinzelt brütet und im übrigen eine Zierde der Tierparks ist, eine nette Belanglosigkeit. Mit dem Vergleichsgegenstand aber verhält es sich anders.

An sich könnten wir ja vielleicht die ganze Rebellion in unserem Haushalt, der westlichen Welt, ganz ruhig sich austoben und vielleicht auch auswirken lassen. Auch in unserem Geschichtlein könnten ja die Eltern aus der Reaktion der Kinder einsehen lernen, dass sie Fehler gemacht haben. Sie haben ihre Liebe zueinander so hehr dargestellt, dass die Kinder dieser Unglaubwürdigkeit auf die Spur kamen, und sie haben sich im allgemeinen im Ehe- und Familienleben auch nicht so verhalten, wie sie es hätten tun müssen. Ihr Verhalten und ihre Version davon gleicht unserm Umgang mit der Demokratie und weiteren Werten, die wir grundsätzlich hochhalten.

Aber im Unterschied zu unserem Märchen ist der Storchenglaube, den die Rebellion in unsern

Haushalt bringt, keine Niedlichkeit, an der wir unser Ergötzen haben können. Die Ablehnung unserer kleinen Lügen ist im Begriff, uns die ganz grosse Lüge ins Haus zu bringen, die schon einen guten Teil der Welt beherrscht und sich stets weiter ausbreitet. Und wir sind ferner im Begriff, aus unserer Toleranz für die Rebellen eine Toleranz für die Lüge zu machen, die man ihnen beigebracht hat.

Als Adolf Hitler sich anschickte, sein neues Europa zu schaffen, hatte es in unserm alten Europa durchaus Zustände, die einer Rebellion wert waren. Aber zu diesem Zeitpunkt war jede Rebellion, wie beispielsweise gegen den französischen oder britischen Militarismus, eine Schwächung des Schadhafte zugunsten des ausgesprochen Schlechten, das die Macht des nationalsozialistischen Deutschlands verkörperte, sogar wenn die Auflehnung überhaupt keinen Bezug auf die nationalsozialistische Ideologie nahm. Wo sie sich aber überdies an der Jugendkraft der neuen Ordnung und ihrer Gedanken inspirierte, war sie, darüber dürften wir uns heute doch wohl einig sein, geradezu kriminell. Auch

dann übrigens, wenn sie bestimmte Aspekte des Hitlerschen Regimes verwarf. Ein Frontist für nationalsozialistisches Gedankengut, der gleichzeitig die Judenverfolgungen verurteilt und den Einmarsch in die Tschechoslowakei bedauert hätte, wäre zu jenem Zeitpunkt des entscheidenden Aufmarsches dem nationalsozialistischen Machtanspruch immer noch mehr nützlich als schädlich gewesen. Und einer, welcher etwa die Aktionseinheit mit dem Nationalsozialismus gegen die amerikanische Plutokratie bejaht, aber seine Vorbehalte gegenüber der Okkupation Polens angebracht hätte, wäre trotzdem ein Kollaborateur geblieben.

Wenn solche Analogien heute nicht gesehen werden, so hat das nur zum Teil mit Verständnis für die Gründe der Gärung bei uns zu tun. Dahinter liegt, und auch das hat seine Parallelen in der nationalsozialistischen Epoche, sehr viel Wille zur Anpassung. Die politische Naivität, dieses *peché mignon* so vieler guten Köpfe, hat anscheinend nie so viele Anhänger wie zu Zeiten, in denen sie auch opportun erscheint.

cb

Kommunisten und Neue Linke

Schon die Erklärung von 1960 hatte der Zusammenarbeit mit den nichtproletarischen Schichten Aufmerksamkeit gewidmet. Im Grundsatzdokument von 1969 wurde diese zum Programm der Bewegung. Diskussionsteilnehmer und Grundsatzdokument äusserten sich gleicherweise für die Ausnützung der Neuen Linken. Als allgemeines Programm wurde aufgestellt: Ueberzeugen und auf die eigene Seite bringen. Man will ihre Fehler korrigieren, welche sich u. a. in der Geringschätzung der Führungsrolle der KP äussert (Rochet, «Prawda», 8.7.1969, S. 4). Wiederum war es Breschnew, der die Grundlage der diesbezüglichen Diskussion lieferte: In einigen kapitalistischen Ländern ist die Unzufriedenheit so gross, dass nur ein Funke zur Explosion fehlt. So tauchen Elemente der Spontaneität auf. Die gemeinsame Durchführung konkreter politischer Aktionen, gemeinsame Planung einer langfristigen Zusammenarbeit, Bündnis unter der Führung der Arbeiterklasse, das sind die Zielsetzungen. Viele Fragen der Parteiarbeit im Kreise der Intelligenz erscheinen im neuen Licht, besonders bei der mit der Arbeiterklasse zusammenarbeitenden Intelligenz. Diese kommt heute nicht nur aus den Reihen der Bourgeoisie, wodurch ihr Verhältnis zum kapitalistischen System geändert wurde und sie der Arbeiterklasse näherkam. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Jugend. Ihren Aktionen fehlt oft die politische Erfahrung, der Kontakt mit der Avantgarde des revolutionären Kampfes, weshalb ihre Aktionen oft spontanen Charakter aufweisen. Die Aneignung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und der Erfahrungen der Klassenkämpfe machen die jungen Kämpfer fähig, gegen den Imperialismus grosse Dinge zu vollbringen («Prawda», 8.6.1969, S. 1—5). Nur der Delegationsleiter der Sozialistischen Partei von Nicaragua verlangte die Aktionseinheit aller antidiktatorischen, *anti-anarchistischen* und antiimperialistischen Kräfte («Prawda», 15.6.1969, S. 1 und 4). Merkwürdigerweise äusserte sich auch der spanische Generalsekretär in erster Linie für die Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz und mit den Studenten. «Unreife, Kriterium der Kinderkrankheit

des Revolutionismus, taucht in der Bewegung unvermeidbar auf. Deswegen darf man aber keine verfrühten Urteile fällen. Begreift man dies von unserer Seite nicht, so entfernt man diese Kräfte von uns und unterstellt sie einer bestimmten Propaganda. Die kommunistischen Parteien müssen nicht nur eine richtige Politik führen, sondern auch fähig sein, die junge Generation der Revolutionäre in ihre Reihen aufzunehmen. So kann man diese in führende Kraft des Sozialismus umwandeln» («Prawda», 12.5.1969, S. 1 und 5).

Auch das Grundsatzdokument wurde in diesem Sinne konzipiert. «Die Reihen der Lohnempfänger werden heute immer grösser. Die sozialen Interessen dieser Leute verflechten sich mit jenen der Arbeiterklasse... Das Bündnis der geistig und physisch Schaffenden wird zu einer immer grösseren Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Ein wichtiger Faktor des gesellschaftlichen Lebens in Westeuropa, Amerika, Japan in der Türkei und den übrigen Ländern ist die zunehmende Rolle der Jugend und deren zunehmende politische Aktivität... Die Werktätigen, vor allem die arbeitende Jugend, welche einer äusserst grossen Ausbeutung ausgeliefert ist und keine Perspektive für sich im Kapitalismus sieht, die alle schalten sich in den Klassenkampf ein... Die breiten Massen der Studenten setzen sich nicht nur gegen die Mängel im Unterrichtssystem, nicht nur für das Recht auf eigene Organisation und die wirksame Teilnahme an der Leitung der Unterrichtszentren ein, sondern auch gegen die Politik der herrschenden Klassen... Die Kommunisten schätzen die jugendliche Bewegung hoch und nehmen an ihr aktiv teil. Sie verbreiten unter den Reihen der Jugend die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, sie erklären die Gefahr der verschiedenen pseudorevolutionären Ideen und sind bestrebt, ihnen behilflich zu sein, den richtigen Weg im Kampf gegen Imperialismus, im Schutz der eigenen Interessen zu finden. Nur ein enger Kontakt mit der Arbeiterbewegung und deren kommunistischen Avantgarde kann der Jugend eine echte revolutionäre Perspektive öffnen...» (Kapitel II). Das Grundsatzdokument verheimlicht

also die kommunistische Wühlarbeit unter den Reihen der Jugend nicht, es verlangt sogar die Vertiefung dieser Tätigkeit.

Kommunisten und Gläubige

Ein neuer Charakterzug des Grundsatzdokumentes und der ganzen Konferenz war die Anerkennung des revolutionären Wesens der oppositionellen kirchlichen Kreise, was noch in der «Erklärung» von 1960 fehlte. Es waren hauptsächlich die lateinamerikanischen Delegierten, welche eine Zusammenarbeit mit dem oppositionellen katholischen Klerus und mit den fortschrittlichen Katholiken verlangten. Der Generalsekretär der KP von Chile sagte beispielsweise: «Die Bestrebung nach radikalen Aenderungen sitzt so tief im Bewusstsein und in den Herzen unserer Völker, dass immer grössere und breitere Massen der Katholiken sich dem Kampf anschliessen. Sogar Kirchenleute erleben solche Krisen, welche vorher in diesem Massstab nicht zu sehen waren...» Diese Leute seien bereit, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten («Prawda», 10.6.1969, S. 4). Sogar der Vertreter Kubas warnte, die jüngsten Ereignisse in Europa zeigten, dass die Arbeiterklasse nicht genügend stark sei, ihre Rolle völlig durchzuführen, sondern Verbündete brauche («Prawda», 11.6.1969, S. 4). Auffallend grosse Aufmerksamkeit widmet das Grundsatzdokument den Gläubigen.

*

Weitere Hauptprobleme der Konferenz waren und des Grundsatzdokumentes sind: die Zusammenarbeit mit der dritten Welt und die friedliche Koexistenz mit dem Westen. Jedes Volk hat das unbestrittene Recht auf bewaffnete Verteidigung gegen Angriffe seitens der imperialistischen Aggressoren und auf Unterstützung anderer Völker in ihrem gerechten Krieg, heisst es im Kapitel III des Dokumentes. Andererseits wird der Kommunist im Westen beruhigt, die Politik der friedlichen Koexistenz bedeute nicht, dass der soziale und politische Status beibehalten werden soll.

Leider wurden solche Programme nur für den «feindlichen Westen», nicht aber für das eigene Lager aufgestellt. ■